

Grüne: nur »heiße Luft« beim Wind

Versprechen einlösen

Salzkotten (WV). Die Ratsfraktion der Salzkottener Grünen fordert von Bürgermeister Ulrich Berger, das Versprechen seines Amtsvorgängers Michael Dreier einzulösen und sich in Salzkotten für die Entstehung von »Bäuerlichen Bürgerwindparks« einzusetzen.

Zu Beginn des immer noch laufenden Verfahrens zur Ausweisung neuer Windkonzentrationszonen vor inzwischen drei Jahren sei der damalige Bürgermeister Dreier mit dieser Ankündigung an die Öffentlichkeit getreten.

Seitdem sei aber praktisch nichts passiert und das Änderungsverfahren selbst schreite nur langsam voran, so die Grünen in einer Pressemitteilung. Überdies sei es bei der Umsetzung der vom Stadtrat verabschiedeten Resolution »Ausbau der Windenergie im Konsens mit den Bürgern« bis heute bei »heißer Luft« geblieben.

Auch wenn die Stadt kaum eigene Flächen in den voraussichtlichen Vorrangzonen besitze, sei es höchste Zeit, Kontakte mit den dortigen Grundbesitzern für eine mögliche Beteiligung der Stadtwerke und der Bürgerschaft zu knüpfen.

»Vor dem Hintergrund der anstehenden EEG-Novellierung und dem damit verbundenen Wechsel hin zu einem Ausschreibungsmodell ab 2017 sind Bürgerwindparks, deren Gesellschafter mehrheitlich Privatpersonen aus Salzkotten sind, die einzige Möglichkeit eine Wertschöpfung vor Ort sicher zu stellen und den zurzeit von unseren Nachbargemeinden oft beklagten Abfluss von Gewerbesteuern zu verhindern«, so der sachkundige Bürger im Bauausschuss Marc Svensson.

Zudem fordern die Grünen eine grundsätzliche Neuausrichtung bei der Entwicklung neuer Gewerbe- und Industriegebiete. Gerade im Bereich Berglar-West habe sich gezeigt, dass dort Windenergienutzung grundsätzlich möglich sei.

»Die Möglichkeit für energieintensive Betriebe, Strom aus Windkraft für den Eigenbedarf für deutlich weniger als 10 Cent pro Kilowattstunde zu erzeugen, ist ein riesiger Standortvorteil. Lärmimmissionen wären nur bei weiteren Betriebsleiterwohnungen problematisch. Ausnahmen von einer allgemeinen Höhenbegrenzung für Windenergieanlagen sind machbar und werden andernorts praktiziert«, so der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Dehlinger.